

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- Grundsatzrede von Macron zur Europäischen Union 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- MEPs stimmen für die Abschaffung überteuerter Auslandstelefonate 3
- Umweltausschuss gegen Kommissionsvorschlag betreffend endokrine Disruptoren in Pestiziden 3

Rat der Europäischen Union

- Digitalgipfel in Tallin 4

Europäische Kommission

- Kommission präsentiert Schritte hin zu einer gerechteren Migrations- und Asylpolitik 5
- Änderung des Schengener Grenzkodex 5
- Kommission beurteilt Bewerbungen für die EU-Agenturen 6
- Pilotprojekte zur Anpassung der Regionen an die Globalisierung 6
- Modernisierung der EU-Vorschriften für Bahnreisende 7
- Kommission verurteilt Gewalt bei Referendum in Katalonien 7

Ausschuss der Regionen

- Kohäsionspolitik bleibt Priorität auch im EU-Haushalt post-2020 8

Sonstiges

- Arbeitslosenquote im Euroraum bei 9,1% 9
- Vergleichende Berichte zum Schulkalender und akademischen Jahr 9
- Konferenzen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus in Europa 10
- Konferenz zur Umsetzung des Natura 2000-Netzwerks in Wäldern 10

In eigener Sache

- Gruppe der Gewerkschaftsschule Innsbruck zu Gast 11
- „Europäische Woche der Regionen und Städte“ in der Gemeinsamen Vertretung 12

Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 13

- Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 14
- Tagesordnungen der Institutionen 15
- Impressum und Abbildungsverzeichnis 15

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Grundsatzrede von Macron zur Europäischen Union

Am 26. September hat der französische Präsident Emmanuel Macron in einer Grundsatzrede ([englische Fassung](#)) konkrete Visionen zur Weiterentwicklung der EU vorgestellt. Da die EU gegenwärtig zu langsam, zu schwach und zu ineffizient sei, müsse nach seiner Ansicht ein umfassender Umbau bis 2024 vorangetrieben werden.



Im Rahmen der an der Pariser Sorbonne-Universität gehaltenen Rede forderte der französische Präsident die Reform einer Vielzahl von Politikbereichen. Erneut warb er für die Schaffung eines EU-Finanzministers und dafür, dass der Euro-Raum ein eigenes Budget erhalten soll. Weitere Kernpunkte der Rede waren die Einrichtung einer echten europäischen Staatsanwaltschaft, einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsstrategie, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ein Mindestpreis beim Emissionshandel für CO₂-Zertifikate sowie eine europäische Steuer auf den Ausstoß von CO₂.

Von großer Wichtigkeit ist nach Ansicht Macrons ebenfalls die Gewährleistung der demokratischen Legitimität der Reformmaßnahmen. Bei den nächsten Europawahlen in 2019 sollen daher 50% der EU-Abgeordneten über länderübergreifende Listen gewählt werden. Zudem sollen EU-BürgerInnen bessere Möglichkeiten erhalten,



sich politisch einzubringen. Dies soll im Wege von demokratischen Konventen geschehen, die in Zukunft in allen EU-Mitgliedstaaten stattfinden könnten. Bei diesen Debatten sollten die BürgerInnen Europas die Chance erhalten, die Zukunft der EU mitzugestalten.

Macrons Reformideen wurden im Großen und Ganzen positiv aufgenommen. Kommissionspräsident [Jean-Claude Juncker](#) bedankte sich für die mutige Rede und begrüßte deren Kernpunkte. Sie passe voll und ganz zu den Vorschlägen für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa, die er in seiner Rede zur Lage der Union am 13. September präsentiert hatte. Die deutsche Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) betonte z.B., dass sie die Initiativen in Richtung gemeinsamer Verteidigungspolitik und Migrationspolitik ausgesprochen positiv sehe. Auch in [Österreich](#) gab es viel Zustimmung für die EU-Reformvorschläge.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

MEPs stimmen für die Abschaffung überteuerter Auslandstelefonate

Der **Industrieausschuss des Europäischen Parlaments** beschloss am **2. Oktober** einen **Änderungsvorschlag des Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation**. Im Mittelpunkt dieses Gesetzesentwurfs steht die **weitere Beseitigung von Gebühren bei EU-Auslandstelefonaten**.

Nach Ansicht der [MEPs](#) darf es nicht sein, dass z.B. ein Anruf von Wien nach Vorarlberg weniger kostet, als von Salzburg nach Freilassing. Dies würde dem zentralen Ziel eines gemeinsamen Digitalen Binnenmarkts entgegenstehen. Zudem gäbe es hierfür keine technische Begründung, die diese erhöhten Gebühren rechtfertigen würde.

Der Änderungsvorschlag des Parlaments sieht vor, dass europäische Kommunikations-

anbieter nunmehr ausdrückliche Gründe darlegen müssen, falls sie bei Telefongesprächen innerhalb der EU zusätzliche Gebühren verlangen. Das sogenannte Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC), eine EU-Agentur mit Sitz in Lettland, soll dafür Leitlinien entwickeln.

[Mehr Informationen](#)

Umweltausschuss gegen Kommissionsvorschlag betreffend endokrine Disruptoren in Pestiziden

In einer **Resolution vom 28. September** haben die **Abgeordneten des Umweltausschuss des EU-Parlaments** den **Kommissionsvorschlag betreffend hormonverändernde Chemikalien, sogenannte endokrine Disruptoren, in Pestiziden abgelehnt**.

Unter [endokrinen Disruptoren](#) werden bestimmte Inhaltsstoffe verstanden, die Krebs, Fruchtbarkeitsstörungen und andere Gesundheitsschädigungen auslösen können. Nach Ansicht des Umweltausschusses sind die jetzigen Definitionen dieser hormonverändernden Chemikalien noch unzureichend und bieten Schlupflöcher für giftige Pestizide. Generell überschreite die Kommission nach den Ausführungen des

Parlaments bei dem Vorschlag das ihr zustehende Mandat in Bezug auf Durchführungsrechtsakten.

Noch diese Woche soll die endgültige Resolution vom Parlament angenommen werden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Digitalgipfel in Tallinn

Am 29. September fand im Rahmen der estnischen Präsidentschaft des Rats der EU ein Digitales Gipfeltreffen in Tallinn statt. Im Mittelpunkt dieses Treffens standen Themen wie Vertrauen, Sicherheit, E-Government, Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft. Allgemein wurden Pläne zur digitalen Innovation Europas behandelt.

In seiner Auftaktrede zum Digitalen Gipfeltreffen betonte Jüri Ratas, Ministerpräsident Estlands, dass die digitale Revolution jeden Aspekt unserer Leben bzw. Gesellschaften verändern werde. Deshalb müssen Fortschritte in drei Gebieten erzielt werden. Im Bereich E-Government müssten die Regierungschefs beginnen, sämtliche staatlichen Dienstleistungen zu digitalisieren, um BürgerInnen und Unternehmen besser unterstützen zu können. Hinsichtlich Cybersicherheit müsse ein Rahmenwerk für Forschung, Infrastruktur sowie Finanzierung geschaffen werden. In Bezug auf die

Verwirklichung des Digitalen Binnenmarktes brauche es seiner Ansicht nach mehr Investitionen in künstliche Intelligenz und in Hochleistungsrechner.

Auf dieser Grundlage besprachen die Staats- bzw. Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten konkrete Initiativen, um Europas Führungsstellung in diesen Gebieten sicherzustellen. Genaue Schlussfolgerungen sollen bis zum nächsten Zusammentreffen des Europäischen Rats im Oktober 2017 ausgearbeitet werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission präsentiert Schritte hin zu einer gerechteren Migrations- und Asylpolitik

In einer am 27. September veröffentlichten Mitteilung hat die Europäische Kommission die nächsten Schritte hin zu einer entschlosseneren, wirksameren und gerechteren Migrations- und Asylpolitik der EU präsentiert.

Laut Halbzeitüberprüfung der Europäischen Migrationsagenda wurden die Anreize für irreguläre Migration verringert, der Schutz der Außengrenzen verstärkt und die legalen Einreisemöglichkeiten ausgebaut. Der Druck auf die Asylsysteme Italiens und Griechenlands müsse aber beträchtlich gesenkt werden. Die Kommission empfiehlt ein EU-Neuansiedlungsprogramm, um in den

kommenden zwei Jahren mindestens 50.000 Menschen, die internationalen Schutzes besonders dringend bedürfen, nach Europa zu bringen. Damit sollen praktikable, sichere und legale Alternativen der Migration angeboten werden. Das soll bis Oktober 2019 eingeführt werden.

[Mehr Informationen](#)

Änderung des Schengener Grenzkodex

Ebenfalls am 27. September hat die Europäische Kommission Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung des Schengen-Raums vorgeschlagen. Im Mittelpunkt steht eine Anpassung der geltenden Fristen des Schengener Grenzkodex.

Der Vorschlag sieht die Möglichkeit einer Verlängerung der vorübergehenden Grenzkontrollen von sechs Monaten auf ein Jahr vor. Es wird betont, dass die Einschränkung des freien Personenverkehrs stets nur das letzte Mittel darstellen dürfe, die aktuelle Sicherheitslage in Europa jedoch Änderungen der Vorschriften erfordere. Der Vorschlag beinhaltet auch die Verlängerung der einjährigen Frist im Falle außergewöhnlicher Bedrohungen. Um eine Verlängerung muss alle sechs Monate erneut

angesucht werden, wobei ein Höchstzeitraum von insgesamt drei Jahren vorgesehen ist.

Neben der Verlängerung der Kontrollfristen sind gleichzeitig strengere Verfahrensgarantien vorgesehen. Dies umfasst insbesondere die Verpflichtung zur Prüfung alternativer Maßnahmen sowie die Vornahme einer Risikoanalyse. In diesem Zusammenhang sprach sich die Kommission zudem für die Anerkennung von Bulgarien und Rumänien als Schengen-Vollmitglieder aus.

[Mehr Informationen](#)



Kommission beurteilt Bewerbungen für die EU-Agenturen

Am 30. September veröffentlichte die Kommission ihre Beurteilung der Bewerbungen der Mitgliedstaaten für die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) und die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA), die aktuell im Vereinigten Königreich ansässig sind.

Aufgrund des bevorstehenden Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU müssen die Sitze dieser EU-Agenturen neu vergeben werden. Von Seiten Österreichs hat sich Wien um beide Agenturstandorte beworben. Bei den Bewerbungen prüfte die Kommission eine Vielzahl von Kriterien, wie z.B. Gebäudevorschlag, Bildungseinrichtungen, Arbeitsmarkt, Sozialversicherung, aber auch die geografische Ausgewogenheit bestehender EU-Agenturen. Zudem wurden die Unionsagenturen konsultiert.

Auf Wunsch der Mitgliedstaaten hat die Kommission bei dieser Beurteilung weder eine Rangordnung noch eine Vorauswahl beschlossen. Die Bewertung bildet insofern nur Grundlage für politische Beratungen, die im Oktober bei einer Tagung des Rats geführt werden sollen. Mit einer endgültigen Entscheidung wird im November gerechnet.

[Mehr Informationen](#)

Pilotprojekte zur Anpassung der Regionen an die Globalisierung

Am 29. September hat die Kommission einen Bewerbungsauftrag für zwei Pilotprojekte zur Anpassung an die Globalisierung in den Regionen veröffentlicht. Die Projekte zielen darauf ab, europäische Regionen verstärkt dabei zu unterstützen, in Wettbewerbsnischen zu investieren und dadurch Innovation und Widerstandsfähigkeit zu fördern.

Das erste Pilotprojekt soll zielgerichtete Unterstützung für vom industriellen Wandel betroffene Regionen bereitstellen. Kommissionsexperten sollen bei der Konzeption regionaler Strategien für den wirtschaftlichen Wandel unterstützen. Zusätzliche Hilfe soll von der Europäischen Beobachtungsstelle für Cluster und den industriellen Wandlungsprozess kommen.

Das zweite Pilotprojekt soll interregionale Partnerschaften zur Entwicklung europäischer Wertschöpfungsketten fördern. Dadurch sollen insbesondere Projekte in Bereichen wie Big Data, Bioökonomie, Ressourceneffizienz, vernetzte Mobilität, Gesundheit, aktives Altern oder Cybersicherheit vermarktet bzw. ausgebaut werden.

[Mehr Informationen](#)



Modernisierung der EU-Vorschriften für Bahnreisende

Am 27. September hat die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der geltenden Vorschriften über die Rechte der Bahnreisenden präsentiert. Nach dem Gesetzesentwurf sollen Fahrgäste bei Verspätungen, Annullierungen oder Diskriminierung besser geschützt werden, zugleich aber Eisenbahnunternehmen von einer Entschädigungspflicht bei Ereignissen höherer Gewalt befreit werden.

Der Vorschlag sieht eine Modernisierung in fünf Kernbereichen vor. Allgemein sollen die Regelungen nunmehr einheitlich für inländischen Fernverkehr sowie für grenzüberschreitenden Nah- und Regionalverkehr gelten. Auch Rechte für Personen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität, wie etwa der Anspruch auf Hilfeleistung und der vollständige Ersatz von Mobilitätshilfen bei Verlust bzw. Beschädigung, werden festgeschrieben.

Im Übrigen sind Informationen über die Fahrgastrechte künftig direkt auf den Fahrscheinen auszuweisen. Neu ist weiters, dass Eisenbahnunternehmen bei Verspätungen aufgrund von unvorhersehbaren und nicht abwendbaren Naturkatastrophen von der Schadensersatzpflicht befreit werden. Zuletzt sieht der Vorschlag noch eindeutige Fristen, Verfahren und Zuständigkeiten für die Beschwerden vor.

[Mehr Informationen](#)

EU-Kommission verurteilt Gewalt bei Referendum in Katalonien

In einer Pressekonferenz hat die EU-Kommission ihre Haltung zum Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens bekräftigt und alle Seiten zum friedlichen Dialog aufgerufen. Gewalt kann nie ein Mittel der Politik sein, der schwierige Prozess wäre im Rahmen der spanischen Verfassung unter Einhaltung der Grundrechte der spanischen Bürger zu bewältigen.

Der Sprecher der Europäischen Kommission verwies zugleich darauf, dass die Abstimmung in Katalonien laut spanischer Verfassung nicht legal war. Für die Europäische Kommission ist dies eine innere Angelegenheit Spaniens, die im Einklang mit der verfassungsmäßigen Ordnung Spaniens geregelt werden muss.

Wäre ein Referendum gemäß der spanischen Verfassung organisiert worden, hätte dies bedeutet, dass sich die Region nicht mehr in der Europäischen Union befinden würde, so die Europäische Kommission weiter.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Kohäsionspolitik bleibt Priorität auch im EU-Haushalt post-2020

Am 29. September nahmen Kommissarin für Regionalpolitik Corina Cretu und Kommissar für den EU-Haushalt Günther Oettinger an einem Dialog der COTER-Kommission (Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt) des Ausschusses der Regionen teil.

Sie betonten, dass alle Mitgliedstaaten von der Kohäsionspolitik profitieren würden und dass Zusammenhalt auch für die reichsten Regionen einen europäischen Mehrwert liefern würde. Die Veranstaltung fand anlässlich des bevorstehenden Startschusses der #CohesionAlliance am 9. Oktober statt. Diese Allianz wird gestartet, um den unerlässlichen Stellenwert der Kohäsionspolitik für die Zukunft Europas aufzuzeigen, zu erhalten und zu verbessern.

Im Einzelnen wurden die Regionen und Städte dabei aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der

Kommissionsvorschlag für das EU-Budget nach 2020 weiterhin für die Verringerung von Ungleichheiten sorgt. Es soll sichergestellt werden, dass der derzeitige Konjunkturaufschwung in neue Möglichkeiten für die Regionen umgewandelt wird. In diesem Zusammenhang fand auch die Forderung nach einer stärkeren, vereinfachten und flexibleren Kohäsionspolitik bei den Anwesenden Widerhall.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Arbeitslosenquote im Euroraum bei 9,1%

Im Euroraum betrug die Arbeitslosenquote im August 2017 9,1%, gegenüber 9,9% im August 2016. Dies geht aus einer von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Schätzung hervor.

Mit 9,1% bleibt die Arbeitslosenquote im Euroraum zwar unverändert gegenüber Juli 2017, ist aber weiterhin die niedrigste Quote seit Februar 2009. Die Arbeitslosenquote in der gesamten EU betrug im August 2017 7,6%. In Österreich lag die Arbeitslosigkeit im August 2017 bei 5,6. Besonders erfreulich

sind in diesem Zusammenhang die [Tiroler Arbeitslosenzahlen](#). Mit 11 Prozent weniger Arbeitslosen als im September 2016 konnte Tirol österreichweit den größten Rückgang bei Arbeitslosen verzeichnen.

[Mehr Informationen](#)

Vergleichende Berichte zum Schulkalender und akademischen Jahr

Das Eurydice-Netzwerk der EU hat am 11. September vergleichende Berichte zum Schulkalender und akademischen Jahr veröffentlicht.

Der [Bericht](#) zum Schulkalender analysiert die Daten des Schulbeginns und der Ferien, die Feriendauer, deren Verteilung und Häufigkeit sowie regionale Besonderheiten sowohl in der EU als auch in weiteren Ländern in Europa. Demnach variiert das Datum des Schulstarts in den Mitgliedstaaten stark – von Anfang August bis Ende September. Während in zehn Staaten und Regionen der Schulanfang im August stattfindet, starten 26 Staaten und Regionen Anfang September und zehn weitere erst Mitte September ins neue Schuljahr. Ende Mai bis Mitte Juli beginnen europaweit die Sommerferien, deren Dauer von sechs bis zu 15 Wochen (Bulgarien) reicht.

Die [Analyse](#) zur Organisation des akademischen Jahres ergibt ein einheitlicheres Bild als in Bezug auf den Schulkalender. Die große Mehrheit der Staaten teilt das akademische Jahr in zwei Vorlesungszeiträume ein. Nur wenige Staaten lehren in drei Intervallen (z.B. Griechenland, das Vereinigte Königreich und zum Teil Irland). Im Allgemeinen starten die Studierenden im September oder Oktober sowie im März oder April in die Vorlesungszeit.



Konferenzen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus in Europa

Anlässlich des Welttourismustages der Welttourismusorganisation (UNWTO) lud das Europäische Parlament am 27. September zur „High-level conference on tourism: A European strategy to enhance the competitiveness of the tourism industry, a key driver for job creation“.

Es müsse mehr Investitionen geben und mehr Ausbildungen gefördert werden. Des Weiteren sollen die Möglichkeiten der digitalen Revolution im touristischen Sektor intensiviert werden; beispielsweise seien Museen mehr zu digitalisieren, auch das Angebot von virtuellen Zeitreisen wäre ein sinnvoller Ansatz. Landtagspräsident Herwig van Staa begrüßte die Einführung einer European Citizen Travel Card als Pilotprojekt. Da Kulturtourismus fast die Hälfte des gesamten Tourismus in Europa ausmacht, muss dieser Sparte große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Jahr 2018 bietet sich dafür gut an, weil es im Zeichen des kulturellen Erbes stehen und 2018 auch das EU-China-Jahr sein wird. Weiters wurde die

Einrichtung einer Europäischen Tourismusagentur diskutiert.

Am selben Tag fand im Ausschuss der Regionen die Konferenz „EU financing for innovation in Tourism“ statt. Die TeilnehmerInnen, zu denen auch Christina Lercher von der Standortagentur Tirol zählte, diskutierten die Bedeutung von regionalen Partnerschaften bei der Innovation im Tourismussektor, insbesondere bei der Digitalisierung, sowie die Projektfinanzierung durch EU-Mittel. Gefordert wurden schließlich auch eine eigene Haushaltlinie im EU-Budget für den Tourismus sowie ein niederschwelliger Zugang zu Finanzmitteln und Finanzinstrumenten.

[Mehr Informationen](#)

Konferenz zur Umsetzung des Natura 2000-Netzwerks in Wäldern

Am 27. September lud das European Forest Institute (EFI) zu einer Konferenz über den Umsetzungsfortschritt des Natura 2000-Netzwerks in Wäldern. Unter dem Titel „Implementing Natura 2000 in forests: lessons learned and looking ahead“ fand die Veranstaltung in Brüssel statt.

Auf der Veranstaltung wurde eine interdisziplinäre Studie präsentiert, an der sich u.a. deutsche, finnische und französische Universitäten beteiligt hatten. Es werden vereinheitlichte Kontrollmechanismen für die Messung des Zustands der Biodiversität in Wäldern gefordert, da gegenwärtig noch zu viele Diskrepanzen zwischen Datenerhebungen bestehen würden. Des Weiteren

sollen die Waldeigentümer noch mehr eingebunden und ihre Entschädigungszahlungen erhöht werden. Besonders Anreizinstrumente könnten die Waldeigentümer zu mehr Teilnahme am Erhalt der Bestände bewegen.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Gruppe der Gewerkschaftsschule Innsbruck zu Gast



Am 28. September besuchte uns eine Klasse der Gewerkschaftsschule Tirol in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Dr. Richard Seeber erzählte der Gruppe aus Innsbruck von der Arbeit der Vertretung. Außerdem gab es spannende Diskussionen zu aktuellen europäischen Themen wie Verkehrs- und Kohäsionspolitik. Der nächste Besuch einer Gruppe der Gewerkschaftsschule steht Anfang November an.





„Europäische Woche der Regionen und Städte“ in der Gemeinsamen Vertretung



EUSALP EU STRATEGY FOR THE ALPINE REGION

Am 10. Oktober werden die drei Präsidenten der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino – Günther Platter, Arno Kompatscher und Ugo Rossi – Gäste von den Europäischen Institutionen und anderen Einrichtungen in der Gemeinsamen Vertretung in Brüssel willkommen heißen, um über die Zukunft der grenzüberschreitenden Kooperation zu diskutieren. Dabei wird die Autonome Provinz Trient, gegenwärtig koordinierender Partner der Euregio, diese Funktion für die nächsten zwei Jahre an die Autonome Provinz Bozen – Südtirol übergeben. Außerdem wird das Land Tirol die Präsidentschaft in der EUSALP – der Makroregionalen Strategie für den Alpenraum – 2018 übernehmen. Am darauffolgenden Tag werden die drei Präsidenten ihre Vorhaben bei der im Haus stattfindenden Konferenz im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte (EWRC) für die EUSALP darlegen.



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors \(PSI-Richtlinie\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
19. September 2017 - 12. Dezember 2017

[Öffentliche Konsultation zum Elfenbeinhandel in der EU](#)

Umwelt
15. September 2017 - 8. Dezember 2017

[Initiative zu Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten](#)

Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit
12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Öffentliche Konsultation zum EU-Rückkehrausweis \(EU ETD\)](#)

Justiz und Grundrechte
12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Public consultation on the evaluation of the Batteries Directive](#)

Umwelt
6. September 2017 - 28. November 2017

[Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#)

Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz
16. August 2017 - 17. November 2017

[Rationellere Verwirklichung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes TEN-V](#)

Verkehr
1. August 2017 - 9. November 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

<u>Umwelt</u>			
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20.08.2019	€ 3500000
2017 LIFE Call - Klima, Biodiversität	2017 Call for Proposals for LIFE Action Grants	20/09/2017- 25/08/2017 - 15/03/2018 - 07/09/2017	€ 373.145.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Emmanuel_Macron_\(3\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Emmanuel_Macron_(3).jpg)

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/wp_visual_555x312_0.png